



IG METALL
**FÜR EIN EUROPA
MIT ZUKUNFT**

EUROPAPOLITISCHES POSITIONSPAPIER

VORWORT

Unser Weg für Europa



Wolfgang Lemb,
geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall

Europa wird nur als ein soziales und solidarisches Europa eine Zukunft haben. Als ein Europa, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt rückt. Das reiner Wettbewerbslogik entgegentritt und sozialen und ökologischen Ausgleich nicht als Hindernis, sondern als Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft sieht. Das auf sozialen Dialog und die Ausweitung der Mitbestimmung setzt und Tarifverträge wiederherstellt, stabilisiert und stärkt.

Anfang 2019 ist es zu diesem Europa noch ein weiter Weg. Wie er gegangen werden kann, legt die IG Metall in dem vorliegenden europapolitischen Positionspapier „Für ein Europa mit Zukunft“ dar. Es baut auf dem Memorandum „Für ein solidarisch erneuertes Europa“ (2009) und dem Vorstandspapier „Kurswechsel für ein solidarisches Europa“ (2012) auf. Eine Überarbeitung wurde nötig, weil sich die Grundlagen für die Europapolitik der IG Metall zwischenzeitlich gewandelt haben. Wenn sich die Fragen der Zeit aber ändern, dann muss die IG Metall reagieren, um weiter ein wichtiger europapolitischer Akteur in Deutschland und Brüssel zu bleiben.

Einen ersten inhaltlichen Orientierungsrahmen für neue Fragen und neue Antworten lieferte der Europapolitische Tag 2017. Darauf aufbauend wurde unter Federführung des Ressorts Europapolitik im „Projekt Zukunft Europas“ ein breit angelegter Diskussions- und Arbeitsprozess gestartet. Ziel war die frühe und umfangreiche Einbindung europapolitisch Interessierter aus den Reihen der IG Metall. Zu den Themen Politik, Wirtschaft und Soziales und Mitbestimmung wurden drei Workshops organisiert, deren Ergebnisse die Grundlage für einen ersten Entwurf waren. Nach weiteren Abstimmungsrounden wurde das Papier vom Vorstand der IG Metall angenommen und beim Europapolitischen Forum 2019 vorgestellt.

Kurzversion

AUF DEM WEG ZU EINEM SOZIALEN UND SOLIDARISCHEN EUROPA

Vorbemerkung

Nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege ist Europa zu einer friedlichen Wirtschafts- und Wertegemeinschaft zusammengewachsen. Diese außergewöhnliche und positive Entwicklung geht nach wie vor mit enormen Wohlstandsgewinnen einher, die auch auf einem grenzenlosen Austausch von Waren und Dienstleistungen basieren.

Gleichzeitig ist diese enge Verflechtung anfällig für Krisen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 ist dafür ein gutes Beispiel. In der Folge bröckelt – nach Jahren fortschreitender Integration – der Zusammenhalt in der EU. Sie steht vor gewaltigen Herausforderungen, die ihre Existenz, Identität und Legitimität bedrohen.

Die Perspektive eines demokratischen, sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen und wirtschaftlich erfolgreichen Europas kann diese tiefe Identitätskrise Europas und die Distanz der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Einigungsprozess überwinden. Vor diesem Hintergrund sind Gewerkschaften gefordert, die solidarische und demokratische Erneuerung Europas mitzugestalten.



Solidarische
und demokratische
Erneuerung
Europas

1. DIE ZUKUNFT DER EU STEHT AUF DEM SPIEL ...

FINANZKRISE, GLOBALISIERUNG UND TRANSFORMATION

Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die EU im permanenten Krisenmodus. Ihre falschen Rezepte für die Krisenbewältigung haben Ungleichgewichte innerhalb der Länder und unter den Mitgliedstaaten verstärkt. Arbeitslosigkeit und sozialer Abstieg sind für viele Europäerinnen und Europäer Realität. Sie empfinden die EU eher als Problem, nicht als Lösung. Hinzu kommt die fortschreitende Globalisierung, die viele Beschäftigte mit Konkurrenzdruck, Lohndumping und entfesselten Marktkräften auf ihre Kosten verbindet. Die Transformation verstärkt die Ängste, weil sie fundamentale Änderungen bedeutet. Dabei ist nur die EU mit ihrer Wirtschaftsmacht in der Lage, europäische Industrien und ihre Beschäftigten effektiv zu schützen.

In der EU wachsen die Ungleichgewichte.

BREXIT UND RECHTSPOPULISMUS – DIE SEHNSUCHT NACH EINFACHEN LÖSUNGEN

Diese Stärke ist für viele Europäerinnen und Europäer jedoch abstrakt, während sie die zunehmend unübersichtlichere globale Entwicklung als reale Bedrohung erleben. Davon profitieren rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Wie die Brexit-Befürworter suggerieren sie, dass verlorengegangene Kontrolle über das eigene Lebensumfeld mit Abschottung und Kleinstaaterei zurückgewonnen werden kann. Sie spielen Beschäftigte gegeneinander aus. Die Flüchtlingskrise kommt ihnen wie gerufen, um Ängste zu schüren. Mangelndes Vertrauen in europäische Institutionen erleichtert es diesen Parteien, die EU schlechtzureden. Es erlaubt Regierungen, die Verantwortung für von ihnen verschuldete Probleme der EU zuzuschieben.

Als wichtige demokratische Akteure müssen Gewerkschaften regelmäßig deutlich machen, dass unser Ziel eine gerechte Verteilung der Unternehmens- und Wohlstandsgewinne ist – und dass die Antwort auf Herausforderungen niemals Zwietracht, sondern Solidarität heißt.

Die Antwort auf Herausforderungen heißt Solidarität.

UNSERE POSITIONEN:

- ▶ Die EU muss der Rahmen sein, Umbrüche im Sinne der Beschäftigten zu gestalten, soziale Haltelinien einzuziehen und gute Arbeit europaweit zu gestalten.
- ▶ Wir brauchen eine demokratischere EU und Entscheidungsprozesse, in denen das Europäische Parlament die zentrale Rolle spielt.
- ▶ Der europäische Sozialpartnerdialog muss gestärkt und ausgebaut werden.
- ▶ Angriffe auf Tarifautonomie, Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme müssen beendet werden.

2. DIE EUROPÄISCHE UNION MUSS ÖKONOMISCH KRISENFEST GEMACHT WERDEN

Die hochgradige Vernetzung der Wirtschaft in Europa erfordert es, den Waren- und Finanzmarkt in einer politischen Union zu regulieren. Ein soziales Europa für die Menschen wird es nicht geben, solange sich die EU in wirtschaftlichen Integrationsprojekten verliert.

Gegen
Austeritätspolitik
und Steuer- und
Lohndumping

Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet Wachstumspotenziale und sichert langfristig Beschäftigung. Dafür braucht es aber eine aktive Struktur- und Industriepolitik, die Produktion und Beschäftigung erhält und abgehängte Regionen fördert. Die europäische Industrie muss ressourceneffizienter werden, die Energiewende umsetzen und kluge Mobilitätskonzepte erarbeiten.

Die EU hat mit Austeritätspolitik und angebotsorientierter „Reformpolitik“, einschließlich massiver Angriffe auf die Tarifautonomie, die Krise verstärkt. Alternativen sind eine nachfrageorientierte Wachstums- und Investitionspolitik sowie eine nachfrageorientierte Lohnpolitik. Voraussetzung als Träger einer solchen Lohnpolitik sind starke Gewerkschaften europaweit. Einen entscheidenden Beitrag hierzu leistet die Arbeit unseres Dachverbandes industriAll Europe.

UNSERE POSITIONEN:

- ▶ Die IG Metall fordert eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung und eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Branchen- und Industriepolitik.
- ▶ Mit gestärkten europäischen Strukturfonds treten wir regionalen Disparitäten und sozialer Spaltung wirksam entgegen.
- ▶ Wir brauchen eine europaweite aktive Investitionspolitik, die sich am ökologischen Um- und Aufbau ausrichtet.
- ▶ Die Währungsunion muss durch begleitende Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken ergänzt werden, um soziale Schieflagen zu verhindern oder auszugleichen.

Wachstumspotenziale
und Zukunftsfähigkeit

3. EINE EU FÜR DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER BRAUCHT DIE SOZIALE EINIGUNG ...

Zu lange stand in Europa das Soziale hinter dem Markt zurück. Zwar verfügt die EU über beachtliche soziale Grundrechte. Die letzten Jahre dominierten aber die Marktkräfte.

Neben Deregulierung fördern Globalisierung, Digitalisierung und Transformation Ängste. Ein Europa, das schützt, sichert Menschen gegen die Risiken dieser Megatrends ab. Europäische Politik darf nicht weiter den Solidarsystemen den Boden entziehen und Deregulierung als Rettungsinstrument begreifen. Die EU muss sich auf das erfolgreiche europäische Sozialmodell besinnen, das auf sozialen Sicherungssystemen, Tarifautonomie und einem verteilungspolitisch aktiven Staat beruht. Das Modell steht für eine Integration, die die Nachteile einer an ökonomischen Interessen ausgerichteten EU überwindet.

Aufgabe staatlicher Institutionen und Gewerkschaften ist es, Marktgeschehen zu korrigieren. In diesem Sinne ist der Weg zu einem sozialen Europa noch lang. Eine Etappe auf dem Weg zu einem sozialeren Europa kann die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) mit ihren Grundsätzen zu Chancengleichheit, fairen Arbeitsbedingungen und sozialer Inklusion sein.

Deregulierung
zugunsten
der freien
Marktkräfte

Angriffe auf
die Solidar-
systeme

UNSERE POSITIONEN:

- ▶ Ein soziales Fortschrittsprotokoll muss den sozialen Grundrechten in Europa Verfassungsrang verleihen.
- ▶ Politisch müssen Angriffe der EU auf soziale Sicherungssysteme ausgeschlossen sein.
- ▶ Die IG Metall plädiert für einen sozialen Stabilitätspakt, der Mindestbedingungen für sozialen Schutz formuliert und unterschiedliche Ausgangsniveaus in der EU berücksichtigt.

4. MITBESTIMMUNG IN EUROPA HEISST DEMOKRATIE AM ARBEITSPLATZ

Für die IG Metall beinhaltet ein demokratisches Europa aktive Mitbestimmung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses durch die Beschäftigten. Seit der Neufassung der EBR-Richtlinie fehlen trotz wachsender Herausforderungen Initiativen, um die europäische Mitbestimmung auszubauen.

Über das Vehikel Europäisierung hebeln Unternehmen Mitbestimmungsrechte aus. Weil auch der EuGH regelmäßig Schlupflöcher für die Niederlassungsfreiheit öffnet, erleben Beschäftigte europäische Politik in erster Linie als Druck auf ihre Rechte.

Für mehr Demokratie am Arbeitsplatz in Europa braucht es in den Ländern und der EU starke, handlungsfähige Gewerkschaften. Mehr denn je müssen wir wirkungsstark und durchsetzungsfähig agieren, um Strategien zu begegnen, die Beschäftigte in unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausspielen. Hier leisten Eurobetriebsräte und Eurobetriebsrätinnen, das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) und industriAll Europe unverzichtbare Arbeit.

Neue
Initiativen
für mehr
Mitbestimmung
nötig

UNSERE POSITIONEN:

- ▶ Die IG Metall tritt ein für eine umfassende Europäisierung der Mitbestimmung.
- ▶ Im Einklang mit industriAll Europe fordert die IG Metall eine bessere Durchsetzung sowie die Verbesserung bestehender Rechte aus der EBR-Richtlinie.
- ▶ Langfristig garantiert nur eine europäische Rahmenrichtlinie europaweit Demokratie am Arbeitsplatz.

Europaweit
Demokratie
am Arbeitsplatz
schaffen.

5. EIN SOZIALPAKT FÜR EUROPA

Um ein solidarisches Europa zu schaffen, schlägt die IG Metall einen „Sozialpakt für Europa“ vor. Bestandteil eines Sozialpakts sind stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sowie ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene.

Beteiligung, Demokratie, Mitbestimmung in den Unternehmen und Tarifautonomie müssen Grundpfeiler der EU sein. Europa wird stark bleiben, wenn Menschen es tragen. Deshalb wollen wir ein Europa, das sozialem Fortschritt Vorrang vor Binnenmarktfreiheiten einräumt. Dafür müssen Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards gestärkt werden.

Die IG Metall arbeitet mit ihren europäischen Partnern daran, das europäische Sozialmodell mit der Perspektive eines wirklich sozialen und demokratischen Europas zu erneuern.

Beteiligung
und
Demokratie

Das
europäische
Sozialmodell
erneuern

AUF DEM WEG ZU EINEM SOZIALEN UND SOLIDARISCHEN EUROPA

Vorbemerkung

Eine Vision, die wahr wurde.

Die EU als Friedensgemeinschaft

Ein geeintes Europa von Dublin nach Athen, von Lissabon nach Helsinki, war nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts eine Vision, deren Realisierung kaum einer für möglich gehalten hätte, die aber wahr wurde: Aus ehemaligen Feinden sind Freunde geworden, aus Gegnern Partner. Heute, über 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge als Geburtsstunde der Europäischen Union, ist diese Union mehr als eine Friedensgemeinschaft. Sie ist eine Gemeinschaft gemeinsamer Werte und aus dem von Kriegen gebeutelten, in Ost und West geteilten Kontinent, hat sich eine Rechtsgemeinschaft entwickelt, die Wohlstand und Frieden schafft.

Die EU als Wohlstandsprojekt

Darüber hinaus ist nach dem Krieg eine starke Wirtschaftseinheit gewachsen. Der grenzenlose Austausch von Waren und Dienstleistungen ist Grund und Garant eines enormen Wohlstandsgewinns. Zugleich ist dieses enge Geflecht anfällig für Krisen und zwingt zu gemeinsamem Handeln auf supranationaler, europäischer Ebene. Dies erfordert den Aufbau demokratischer europäischer Strukturen und die Bereitschaft zu einer engen politischen Zusammenarbeit. Ein europäisches Zukunftsprojekt, wie wir es uns vorstellen und für das wir kämpfen, nutzt die Verteilungsspielräume für eine Aufwärtskonvergenz mit dem Ziel, besserer Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in allen Mitgliedstaaten.

Europa als unsere Aufgabe

Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen werden weiter an Brisanz gewinnen, Globalisierung und Digitalisierung noch stärkeren Druck auf die Beschäftigten ausüben. Mehr denn je sind wir als Gewerkschaften daher gefordert, lautstark eine solidarische und demokratische Erneuerung Europas voranzubringen, die auf einer gerechten Verteilung der Wohlstandsgewinne und dem Schutz der Sozialstandards gründet. Mit unserer Verankerung in den Betrieben und den multinationalen Unternehmen, mit tausenden Betriebsräten und Vertrauensleuten, mit Millionen Mitgliedern europaweit haben Gewerkschaften die Möglichkeit – und die Aufgabe – das Zukunftsmodell Europa entscheidend mitzugestalten.

Das soziale Europa unter Druck

In der Präambel des Vertrages über die Europäische Union bekennen sich die Mitgliedstaaten zu den sozialen Grundrechten, wie sie in der Europäischen Sozialcharta von 1961 und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 niedergelegt sind.

Lange Zeit hatte weitgehende Übereinstimmung geherrscht, dass Märkte sozialer Leitplanken bedürfen. Starke Wohlfahrtsstaaten und sozialer Dialog waren die Kernelemente eines europäischen Sozialmodells. Doch dieses Sozialmodell ist in der jüngeren Vergangenheit stark unter Druck geraten. Dabei ist es die Perspektive eines demokratischen, sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen und wirtschaftlich erfolgreichen Europas, die die tiefe Identitätskrise Europas und die Distanz der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Einigungsprozess überwinden kann.

Märkte bedürfen sozialer Leitplanken.



KAPITEL 1

**DIE ZUKUNFT DER EU
STEHT AUF DEM SPIEL ...**

Der Zusammenhalt der EU bröckelt. Nach Jahrzehnten fortschreitender Integration und zahlreichen Erweiterungsrounds ist das Fundament für Frieden und Wohlstand erschüttert. Die EU steht vor Herausforderungen, die ihre Existenz, Identität und Legitimität bedrohen.

NACHWEHEN DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Heute, zehn Jahre nach Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise mit fundamentalen Auswirkungen in der EU, wachsen die Ungleichgewichte – in den Ländern selbst und zwischen den Mitgliedstaaten. Soziale Ungleichheit und hohe Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter Jugendlichen, bestimmen nach wie vor die Lebensrealität vieler Millionen Europäer und Europäerinnen. Eine Ursache dieser bis heute anhaltenden sozialen und ökonomischen Verwerfungen waren die Rezepte einer falschen Krisenbekämpfungspolitik. Der ausschließlich als Währungsunion gestaltete Euroraum, ohne eine politische Union mit starkem EU-Parlament, machten die Maßnahmenpakete der Troika – außerhalb des EU-Rahmens – erst möglich.

In der EU wachsen die Ungleichgewichte.

BREXIT

Was jahrzehntelang undenkbar war, ist nun Realität. War nach immer neuen Integrationsschritten aus der Europäischen Gemeinschaft eine Union geworden, markiert der Austritt Großbritanniens eine Zäsur. Die Brexit-Gegner hatten vor der Abstimmung hauptsächlich mit einer Negativkampagne für den Verbleib in der EU geworben. Das Argument der Befürworter einer EU-Mitgliedschaft – „Ohne die EU wird alles viel schlimmer“ – hat es allerdings nicht vermocht, die Entscheidung maßgeblich zu beeinflussen. Warnungen vor katastrophalen wirtschaftlichen Folgen eines Brexit allein waren nicht genug, den Heilsversprechen der EU-Feinde das Bild eines Europas entgegen zu setzen, zu dem man weiterhin gehören möchte. In der Konsequenz zeigt sich: Es braucht mehr als die Vorteile des Binnenmarktes, um der EU in Krisenzeiten Legitimität zu verleihen.

Der Austritt Großbritanniens ist eine Zäsur.

MIGRATION

Flüchtlinge aus der ganzen Welt geben globaler sozialer Ungerechtigkeit, Hunger und Krieg ein Gesicht. Bei vielen Menschen ist Unsicherheit entstanden und die Entscheidungsträger bleiben Lösungsansätze schuldig. Die Mitgliedstaaten der EU haben bis heute keine überzeugende Antwort auf die Fragen gefunden, die die Migrationsbewegungen aufwerfen. Statt nationale Egoismen beiseite zu schieben und Solidarität und sichere Fluchtwege in den Vordergrund zu rücken, sucht man den Ausweg in nicht umsetzbaren Quotenregelungen und Festungsmentalität in einzelnen Staaten.

GLOBALISIERUNG

Das gilt umso mehr, da die Europäische Union bei vielen Menschen heute als Chiffre für die negativen Auswirkungen der Globalisierung steht. In der Lebensrealität zu vieler Menschen steht die EU für Konkurrenzdruck, Standortverlagerungen, Verteilungskonflikte, Lohndumping und entfesselte Marktkräfte zulasten der Beschäftigten.

Individuelle Vorteile des Binnenmarktes – etwa dort zu leben und zu arbeiten, wo man möchte – spielt in der Lebensrealität der meisten Menschen keine ausreichend große Rolle, um hieraus eine aktive Unterstützung der europäischen Einigung zu begründen. Dass die EU als globales Schwergewicht im Gegensatz zu den Nationalstaaten in der Lage ist, europäische Industrien und ihre Beschäftigten vor Dumping, Protektionismus und weltweiter politischer und ökonomischer Unberechenbarkeit zu schützen, scheint zu abstrakt. Dieser Größe und Stärke bedarf es angesichts der globalen Unwägbarkeiten aber, um Arbeitsplätze und den erreichten Wohlstand zu sichern. In einer Welt des globalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs wäre nationales Handeln dem Diktat der Märkte ausgeliefert. Handelspolitische Instrumente der EU wie die Regulierungsmaßnahmen zum Erhalt der Wertschöpfungsketten, die Überwachung ausländischer Direktinvestitionen und das Handelsschutzinstrumentarium der EU sowie abgestimmte

klima- und umweltpolitische Maßnahmen sind unabdingbar für den, der im Welthandel Akteur auf Augenhöhe sein will.

Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt

TRANSFORMATION

In bewegten Zeiten herrscht europaweit quer durch alle Gesellschaftsschichten soziale Verunsicherung. Viele Menschen stellen fest, dass sie ihr Leben und ihre Arbeitswelt nicht mehr eigenständig gestalten können. Digitalisierung und die Veränderung von Wertschöpfungsketten, die Klima- und Umweltregulierung, die Druck auf die Beschäftigten in energieintensiven Industrien ausüben sowie die Globalisierung und der demographische Wandel sind Megatrends, die eine tiefgehende Transformation der Arbeits- und Lebenswelt bewirken. Auch die EU kann Entscheidungen treffen,

diese Transformation so zu gestalten, dass am

Ende eine gerechte, sichere und selbstbestimmte Arbeits- und Lebenswelt Realität wird. Der Politik trauen aber viele die nötige Gestaltungskraft nicht mehr zu. Umso wichtiger im politischen Raum sind wir Gewerkschaften als gestaltende Kraft und Stimme der Beschäftigten.

Umso wichtiger sind wir Gewerkschaften.

DEMOKRATIE

Nicht selbstbestimmt leben zu können, ist in der Vergangenheit – teils zu Recht, teils zu Unrecht – auch europäischer Politik zugeschrieben worden. So haben abseits demokratischer Entscheidungsprozesse und außerhalb des EU-Rahmens EZB, Kommission und IWF in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten Politiken verordnet, die Gewerkschaftsrechte beschnitten sowie Menschen entmündigt und in Armut getrieben haben. Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen muss ein Weg sein, der den Menschen in Europa die Möglichkeit zurückgibt, souverän ihr Leben gestalten zu können.

RECHTSPOPULISMUS

Eine Reaktion auf fehlende Antworten zu den großen Gegenwarts- und Zukunftsfragen ist die Rückkehr in den Nationalismus, nicht nur in Europa. Rechtspopulisten bieten einfache Lösungen auf komplexe Fragen. Sie suggerieren, dass verlorengegangene Kontrolle über das eigene Lebensumfeld mit Abschottung und Kleinstaaterei zurückgewonnen werden kann. Sie spielen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegeneinander aus und treiben einen Keil zwischen die Beschäftigten. Mangelndes Vertrauen in die europäischen Institutionen erleichtert rechtspopulistischen Parteien, die EU schlechtzureden, und erlaubt nationalen Regierungen, der EU die Verantwortung für national verschuldete Probleme zuzuschieben. So war es beispielsweise nicht die EU, die Deutschland eine Ausweitung des Niedriglohnsektors mit prekären Arbeitsverhältnissen aufgezwungen hat.

Die Gewerkschaften müssen als wichtige demokratische Kräfte immer wieder deutlich machen, dass unser Ziel eine gerechte Verteilung der Unternehmens- und Wohlstandsgewinne ist. Die Gewerkschaften in Europa setzen auf Solidarität! Solidarität bedeutet, sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir müssen denen widerstehen, die Zwietracht säen, Gesellschaften in Europa und damit Europa insgesamt weiter spalten wollen.

Die Gewerkschaften als wichtige demokratische Kräfte

... WENN ES NICHT GELINGT, DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER IN EINER POLITISCHEN UNION IN DEN MITTELPUNKT ZU STELLEN:

- ▶ Die EU muss der Rahmen sein, Umbrüche im Sinne der Beschäftigten zu gestalten, soziale Haltelinien einzuziehen und gute Arbeit europaweit zu gestalten.
- ▶ Wir brauchen eine demokratischere EU und demokratischere Entscheidungsprozesse, in denen das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt – insbesondere durch das Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess und die Wahl der Kommissare wird die EU demokratischer und transparenter.
- ▶ Der europäische Sozialpartnerdialog muss gestärkt und ausgebaut werden. Die Arbeitgeber fordern wir auf, ihre Blockadehaltung der letzten Jahre aufzugeben. Die Kommission fordern wir auf, die Rechte der Sozialpartner zu stärken.
- ▶ Angriffe auf die Tarifautonomie, die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme, wie wir sie aus der sogenannten „Krisenbekämpfungspolitik“ außerhalb des demokratisch legitimierten Rahmens durch Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationalen Währungsfonds („Troika“) kennen, müssen beendet werden.



KAPITEL 2

**DIE EUROPÄISCHE
UNION MUSS ÖKONOMISCH
KRISENFEST GEMACHT
WERDEN ...**

DEN WAREN- UND FINANZMARKT REGULIEREN

Die ökonomische und soziale Krise der letzten Jahre hat sehr deutlich gezeigt, dass ein Ad-hoc-Krisenmanagement für die Stabilität von Volkswirtschaften und politischen Gemeinwesen hochgradig gefährlich ist. Die Eurorettungspolitik der EZB nach dem Motto „Was immer es koste“ konnte den Krisendruck von der Eurozone nehmen. Dennoch gilt: Die hochgradige Vernetzung des Waren- und Finanzmarktes erfordert Regulierung in einer politischen Union. Für uns gilt, dass es kein soziales Europa für die Menschen geben wird, solange sich die EU in wirtschaftlichen Integrationsprojekten verliert. Es herrscht aber kein Zweifel: Dass der Kampf gegen Austeritätspolitik und Steuer- und Lohndumping geführt werden muss, ist europaweit kein politischer Konsens. Auch in Zukunft wird immer wieder um die entsprechenden politischen Mehrheiten gerungen werden müssen.

Gegen
Austeritätspolitik
und Steuer- und
Lohndumping

DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHE UMBAU DER INDUSTRIE

Wachstum und nachhaltiger Wohlstand in Europa setzen leistungsfähige Industrien voraus. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit von Beschäftigung. Die IG Metall steht für diese Politik. Als hochentwickelter Industriestandort ist Europa in der Pflicht, Verantwortung in der Klimapolitik zu übernehmen und zu zeigen, wie wir die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren. Um die gesellschaftlichen Megatrends der Zukunft zu meistern, muss die europäische Industrie ressourceneffizienter werden, den demografischen Wandel gestalten, die Energiewende umsetzen sowie Mobilitätskonzepte der Zukunft anbieten. Eine koordinierte und aktive Struktur- und Industriepolitik muss sich der doppelten Herausforderung stellen, industrielle Produktion und Beschäftigung in den entwickelten Regionen zu erhalten und gleichzeitig den industriellen Aufholprozess in bislang noch abgehängten Regionen zu fördern. Wettbewerb darf nicht dazu führen, dass die Arbeitsbedingungen innerhalb einer Branche einer Abwärts Spirale unterliegen.

Wachstums-
potenziale und
Zukunftsfähig-
keit

TARIFPOLITIK

In der Folge des von der Kommission im Jahr 2012 formulierten Ziels der allgemeinen Reduzierung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften war ein negativer Effekt der „Krisenpolitik“, dass die Reallöhne durch massive Eingriffe in die Tarifvertragssysteme verschiedener Länder der Europäischen Union deutlich gesunken sind. Die von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten etablierte „wirtschaftliche Steuerung“ (Economic Governance) ging einher mit einer einseitig auf Austerität ausgerichteten Wirtschaftspolitik, die im Währungsraum Löhne und Sozialleistungen zu Anpassungsinstrumenten machte. Daraus folgte eine Politik der staatlichen Eingriffe in die Tarifpolitik unter Missachtung der Tarifautonomie und der Destabilisierung ganzer Tarifvertragssysteme.

Die angebotsorientierte Reformpolitik hat dabei eher krisenverstärkend als krisenlösend gewirkt. Neben einer nachfrageorientierten Wachstumspolitik kann hier eine nachfrageorientierte Lohnpolitik ansetzen. Träger einer solchen Lohnkoordinierung sind allerdings die Gewerkschaften allein, flankiert durch staatliches Handeln gegen prekäre Beschäftigung und für die Stärkung von Tarifautonomie und Tarifbindung. Auf keinen Fall darf die Lohnpolitik der Europäischen Kommission überlassen werden, etwa im Rahmen des europäischen Semesters.

Eine europäische Koordination der Tarifpolitik zwischen den nationalen Gewerkschaftsorganisationen ist daher nach wie vor von hoher Aktualität. Die Gründung von industriAll European Trade Union hat die Durchsetzungskraft der Industriegewerkschaften in Europa gestärkt. Weiterhin gilt das Diktum des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes, wonach die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht über soziales Dumping und eine entsprechende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen erkaufte werden darf. Sie muss vielmehr mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einhergehen. Wichtigster Ausgangspunkt und Kriterium für die gewerkschaftliche Lohnpolitik in allen Ländern ist, die EZB-Zielinflationsrate auszugleichen und sicherzustellen, dass sich der Anteil der Beschäftigten an der Produktivitätssteigerung in ihrem Einkommen ausdrückt. Das Ziel einer entsprechenden Koordinierungsregel ist die kontinuierliche und schrittweise Anhebung und Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen in der europäischen Metallwirtschaft. Die Debatte um eine europäische Koordinierung der Tarifpolitik müssen wir fortsetzen: Etwa wie wir im Rahmen der Koordinierungsregel unterschiedliche Situationen in den Ländern abbilden oder – sofern von der Koordinierungsregel abgewichen wird – die Gründe zu analysieren, um gemeinsame Strategien für die Zukunft zu entwickeln.

Träger einer Lohnkoordinierung sind die Gewerkschaften.

... UND BRAUCHT GRUNDLEGENDE REFORMEN DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT DEM ZIEL EINER FISKALUNION:

- ▶ Die IG Metall fordert für eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Branchen- und Industriepolitik. Bei entsprechenden Initiativen sollen die Institutionen der EU die Gewerkschaften von Anfang an einbeziehen, etwa durch einen festen institutionalisierten Konsultationsprozess.
- ▶ Mit gestärkten europäischen Strukturfonds treten wir regionalen Disparitäten und sozialer Spaltung wirksam entgegen.
- ▶ Statt spekulative Finanzanlagen zu fördern, muss die Investitionstätigkeit des privaten Sektors auf den ökologischen Um- und Aufbau ausgerichtet werden. Hierzu brauchen wir eine aktive staatliche Investitionspolitik, die gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastruktur anreizt.
- ▶ Die Währungsunion sollte durch begleitende Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken ergänzt werden, um soziale Schief lagen zu verhindern oder auszugleichen.
- ▶ Beispiele dafür wären ein europäischer Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianlohns, Hilfen bei besonders hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit in Ländern mit konjunkturellen Schwierigkeiten, Schutz vor gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen sowie die Abschaffung besonders prekärer Arbeitsbedingungen.
- ▶ Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte sich ebenso wie die Geldpolitik am Ziel des nachhaltigen Wachstums und eines hohen Beschäftigungsstandes ausrichten.
- ▶ Der Fiskalpakt muss abgeschafft werden.
- ▶ Die IG Metall schließt sich Reformentwürfen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) an, die für den Krisenfall Elemente transnationaler Haftung vorsieht, beispielsweise durch Eurobonds.
- ▶ Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sollte in Unionsrecht einbezogen und in einen Europäischen Währungsfonds umgewandelt werden.
- ▶ Die Bankenunion muss vollendet werden.
- ▶ Die Eurozone braucht zur Stabilisierung einen eigenen Haushalt, der sich aus einem mit Eigenmitteln ausgestatteten Instrument zur Finanzierung von Investitionsprojekten heraus entwickelt und unter der demokratischen Kontrolle eines Eurozonenparlaments steht.
- ▶ Die Eurozone braucht eine demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung, die Schluss macht mit der einseitigen Fixierung auf öffentliche Defizite und Schuldenstände und die die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik koordiniert.
- ▶ Die EU braucht eine gemeinsame Steuerpolitik, in der einige integrationswillige Länder vorangehen könnten. Eine einheitliche europäische Mindestbesteuerung, die von einer einheitlichen Bemessungsgrundlage ausgeht und über Korridore Raum für unterschiedliche Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern gibt, kann einem Wettlauf um niedrigere Unternehmenssteuern entgegenwirken.
- ▶ Europa braucht eine aktive nachfrageorientierte Lohnpolitik.



KAPITEL 3

**EINE EU FÜR DIE
ARBEITNEHMERINNEN
UND ARBEITNEHMER
BRAUCHT DIE SOZIALE
EINIGUNG ...**

BESTAND SOZIALER GRUNDRECHTE IN GEFAHR

Zu lange stand in Europa das Soziale hinter dem Markt zurück. Dabei verfügt die EU bereits heute über einen beachtlichen Bestand an sozialen Grundrechten. Seit dem 1. Dezember 2009 gilt die EU-Grundrechtecharta verbindlich. Dies reicht jedoch ganz offensichtlich nicht aus, ihnen Geltung zu verleihen.

Ursache dafür ist neben dem sozialen Gründungsdefizit der EU und der falschen Krisenpolitik der letzten Jahre die Deregulierung mitgliedstaatlicher Sozialordnungen im Namen der EU-Grundfreiheiten. Gerade der Europäische Gerichtshof hat sich immer wieder als Treiber einer Deregulierung zugunsten der freien Marktkräfte gezeigt, die auf Kosten der elementaren Rechte von Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften geht. Faktisch haben in den letzten Jahren die Grundfreiheiten des Binnenmarktes als „Anti-Arbeitsrecht“ gewirkt.

Deregulierung zugunsten der freien Marktkräfte

EUROPÄISCHE SOZIALPOLITIK

Sozialpolitik auf europäischer Ebene heißt, Schluss zu machen mit einer Politik, die Solidarsystemen sozialer Sicherung den Boden entzieht. Schluss zu machen mit Deregulierung durch eine vermeintliche Rettungs- politik für im Zuge der Schuldenkrise ins Taumeln geratene Mitglieder der Eurozone. Dies war zu lange politischer Konsens und politische Praxis.

Angriffe auf die Solidarsysteme

EUROPÄISCHES ARBEITSRECHT

Globalisierung und Digitalisierung oder auch die sozial-ökologische Transformation befördern Zukunftszweifel und Abstiegsängste. Ein schützendes Europa sichert die Menschen gegen die Risiken und Folgen dieser Megatrends ab. Dabei geht es nicht darum, kurz- und mittelfristig Sozialpolitik europäisch zu vereinheitlichen – aber dort, wo grenzüberschreitend gehandelt werden muss, es auch zu tun. Die Entsenderichtlinie, die es ohne die Gewerkschaften so nicht geben würde, bedeutet einen großen Schritt hin zum Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Auch die Regulierung der Folgen einer digitalen Arbeitswelt ist auf europäischer Ebene möglich – zum Beispiel durch eine Richtlinie zum Schutz Beschäftigter in der Plattformökonomie.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

DAS EUROPÄISCHE SOZIALMODELL

Die Grundlagen des europäischen Sozialmodells – ausgebaute soziale Sicherungssysteme, ein umfassendes Angebot an öffentlichen Gütern, soziale Infrastruktur, handlungsfähige Gewerkschaften, Tarifautonomie, soziale Demokratie auf Betriebs- und Unternehmensebene und ein verteilungspolitisch aktiver Staat – waren lange nicht infrage gestellt. Politisch verschob sich mit den EU-Erweiterungsrunden sukzessive das Gewicht weg von diesem tradierten Modell. Für die institutionelle Ebene gilt dies spätestens seit der „Krisenpolitik“ der EU, beziehungsweise der Troika. Für uns steht der Begriff vom europäischen Sozialmodell vor allem für einen Weg der Integration, der die Schlagseite einer an wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten und von den politischen Eliten einseitig bestimmten Europäischen Union überwindet. Das demokratische und soziale Europa ist die Alternative zur zunehmend neoliberalen Ausrichtung der EU, die über die Vehikel Wettbewerbsrecht und Niederlassungsfreiheit immer wieder Druck auf soziale Rechte ausübt.

... soziale
Sicherung,
starke Gewerk-
schaften, Tarif-
autonomie ...

SOZIALES EUROPA

Aufgabe staatlicher Sozialpolitiken und handlungsfähiger sozialstaatlicher Institutionen, aber auch starker und handlungsfähiger Gewerkschaften ist es, Marktgeschehen zu korrigieren. Auf Basis dieser Anforderungen ist zu konstatieren: der Weg zu einem sozialen Europa ist noch lang. Eine Etappe auf dem Weg zu einem sozialeren Europa kann die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) sein. Tatsächlich ist nach vielen verlorenen Jahren das Thema der europäischen Sozialpolitik wieder zurück auf der politischen Agenda. Die Proklamation der ESSR folgte auf die vielbeachtete Forderung des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, die EU müsse das „soziale Triple-A“ erlangen.

Die Säule baut auf 20 Grundsätzen zu Chancengleichheit, fairen Arbeitsbedingungen, sozialem Schutz und sozialer Inklusion auf, die Orientierung für den Ausbau der sozialen Rechte auf europäischer Ebene geben sollen. Die Gewerkschaften hatten sich von der Europäischen Säule sozialer Rechte viel erhofft, zum Beispiel auch, dass soziale Grundsätze rechtlich

verbindlich werden. Diese Erwartung hat die EU enttäuscht – die ESSR alleine kann den Vorrang der Binnenmarktfreiheiten vor den sozialen Grundrechten nicht ausgleichen. Dazu hätte es einer Vertragsänderung bedurft.

Die Säule bietet aber Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Sozialpolitik und sendet vor dem Hintergrund sozialpolitischer Verwerfungen politische Impulse aus. Darauf gilt es aufzubauen.

Ein weiter
Weg zu einem
sozialen
Europa

**... AUF DER BASIS SOZIALER
RECHTE IM BINNENMARKT MIT
DEM ZIEL EINER SOZIALUNION:**

- ▶ Die Forderung einer Sozialunion ist nicht gleichbedeutend mit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Sozialstaats. Den Weg in die richtige Richtung können aber Ansätze wie die europarechtliche Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit weisen. Als Äquivalent zum Defizitverfahren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zum makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren kann ein Verfahren gegen soziale Ungleichgewichte Abhilfe schaffen.
- ▶ Politisch sollte sichergestellt werden, dass Angriffe der EU auf die sozialen Sicherungssysteme ausgeschlossen sind.
- ▶ Ein an die Verträge angegliedertes soziales Fortschrittsprotokoll verleiht den sozialen Grundrechten in Europa Verfassungsrang. Fachkammern für Arbeits- und Sozialrecht beim Europäischen Gerichtshof können dies sinnvoll ergänzen.
- ▶ Die IG Metall plädiert für einen sozialen Stabilitätspakt, der sowohl Mindestbedingungen für den sozialen Schutz formuliert als auch den unterschiedlichen Ausgangsniveaus in den alten und den neuen EU-Ländern Rechnung trägt.

*Die IG Metall
kämpft für einen
sozialen Stabilitäts-
pakt.*



KAPITEL 4

**MITBESTIMMUNG
IN EUROPA
HEISST DEMOKRATIE
AM ARBEITSPLATZ ...**

Demokratie darf nicht vor dem Werkstor Halt machen. Das muss überall in Europa gelten. Ein demokratisches Europa beinhaltet aktive Mitbestimmung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses durch die Beschäftigten. Daher vertritt die IG Metall ein breites Verständnis von Mitbestimmung als Demokratie am Arbeitsplatz.

HERAUSFORDERUNGEN WACHSEN

Die Rechte der Beschäftigten sind insbesondere in der Charta der Grundrechte und der europäischen Sozialcharta anerkannt. Das Recht auf Unterrichtung und Anhörung findet sich auch in den europäischen Verträgen. Im Widerspruch dazu fehlen seit der Neufassung der EBR-Richtlinie 2009 entsprechende Initiativen, die Mitbestimmung auf europäischer Ebene auszubauen.

Die Untätigkeit lässt sich umso schwerer erklären, als die Herausforderungen, die sich aus der Transformation der Arbeitswelt für die Beschäftigten ergeben, stetig wachsen. Der Mehrwert der EBR-Richtlinie ist unbestritten und die Neufassung von 2009 ist eine Verbesserung. Viele Erwartungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Nach wie vor gibt es Schwachpunkte und Mängel, die verhindern, dass die EBR-Richtlinie ihre volle Wirksamkeit entfaltet.



Neue
Initiativen
für mehr
Mitbestimmung
nötig

MITBESTIMMUNG IN EUROPA

Die Mitbestimmungssysteme in Europa sind heterogen und die Rolle der Gewerkschaften variiert stark. Die Gewerkschaften bemühen sich sowohl auf europäischer Ebene als auch in Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, die Mitwirkungsrechte durch Mitbestimmung auszubauen.

Angriffe auf Demokratisierungsbemühungen können wir nur dann erfolgreich abwehren, wenn Gewerkschaften offensiv auftreten und sich mit eigenen Vorschlägen an der Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Europa einbringen. Eine gut funktionierende

Abstimmung zwischen allen Ebenen der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertretung ist von zentraler Bedeutung, um die Interessen der Beschäftigten effektiv zu vertreten.



Europaweit
Demokratie
am Arbeitsplatz
schaffen.

GEWERKSCHAFTSMACHT AUFBAUEN

Für mehr Demokratie am Arbeitsplatz in Europa braucht es starke, in den EU-Mitgliedsländern und auf europäischer Ebene handlungsfähige Gewerkschaften. Denn Entscheidungswege multinationaler Unternehmen halten sich nicht an nationale Grenzen. Mehr denn je müssen wir wirkungsstark und durchsetzungsfähig agieren, um Unternehmensstrategien zu begegnen, die Beschäftigte in unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausspielen. Unternehmen entscheiden immer stärker zentral, setzen aber dezentral um. Bei grenzüberschreitenden Unternehmensentscheidungen, insbesondere bei transnationalen Unternehmensumstrukturierungen, stellen sie die Beschäftigten vor vollendete Tatsachen.

Hier leisten Eurobetriebsräte und Eurobetriebsrätinnen unverzichtbare Arbeit. Insbesondere das Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI) und industriAll unterstützen sie hierbei durch wertvolle Initiativen.

Wirkungsstark
und durch-
setzungsfähig
agieren

ANGRIFFE AUF DIE MITBESTIMMUNG

Zu oft hebeln Unternehmen Mitbestimmungsrechte über das Vehikel Europäisierung aus, etwa indem sie europäische Aktiengesellschaften gründen. Auch der EuGH hat immer wieder Schlupflöcher für die Niederlassungsfreiheit geöffnet. Unternehmen nutzen das Instrument grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse, um über Sitzverlagerungen hohe regulatorische Standards zu umgehen. Tariffucht und die Umgehung der Mitbestimmung sind das Ziel. Entsprechend erleben die Kolleginnen und Kollegen, dass europäische Politik in erster Linie Druck auf ihre Rechte ausübt.

Stattdessen sollte es darum gehen, europaweit Demokratie am Arbeitsplatz zu schaffen. Das wäre gelebte Demokratie, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer willens und fähig sind, Mitwirkungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Vehikel
Europäisierung

... MIT EUROPÄWEITER RECHTLICHER VERANKERUNG UND DURCHSETZUNG DER BETEILIGUNGSRECHTE VON ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMERN:

- ▶ Gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften unter dem Dach von industriAll und der EFBH fordert die IG Metall von der EU, Demokratie am Arbeitsplatz Wirklichkeit werden zu lassen.
- ▶ Die IG Metall tritt ein für eine umfassende Europäisierung der Mitbestimmung als Basis für die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf allen Ebenen, an allen Standorten und zu allen Themen, die von grenzüberschreitender Relevanz sind.
- ▶ Vorliegende und zukünftige Vorschläge aus dem Bereich des Gesellschaftsrechts, die die Beschäftigten rechtlich oder praktisch im Unternehmen schwächen und einseitig die Kapitalseite bevorteilen, lehnen wir ab.
- ▶ Im Einklang mit industriAll fordert die IG Metall eine bessere Durchsetzung der bestehenden Rechte aus der EBR-Richtlinie entlang der Prioritäten zur Durchsetzung der subsidiären Vorschriften. Dies umfasst im Wesentlichen: Abstimmung der nationalen und europäischen Unterrichts- und Anhörungsverfahren; Mittel, Kosten und Ausgaben für die Arbeit der EBR's (zum Beispiel Übersetzung, Verdolmetschung); Definition der Geheimhaltungspflicht; Regeln für die Verhandlungen mit dem Besonderen Verhandlungsgremium (BVG); Definition von „länderübergreifenden Angelegenheiten“.
- ▶ Um Mitwirkungsrechten Geltung zu verleihen, bedarf es rechtlich verbindlicher Verbesserungen der EBR-Richtlinie. Entsprechend der Position von industriAll gelten dabei die folgenden Prioritäten: Durchsetzbarkeit und Sanktionen; Verbesserung der subsidiären Vorschriften; die Rolle der Gewerkschaften in den BVG sowie in den schon eingerichteten EBR; die Definition des „außergewöhnlicher Umstandes“ und „wesentliche Änderungen“; Kommunikation zwischen der lokalen, nationalen und europäischen Ebene (vor den Sitzungen, während der Berichterstattung); Definition von „Vertreter“/„zentrale Leitung“.
- ▶ Rechtliche Verbesserungen im Einzelfall sind wichtig und notwendig, reichen aber nicht aus. Wir brauchen eine europäische Rahmenrichtlinie, die hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung sowie ehrgeizige Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung setzt und mit einer Nichtregressionsklausel ausgestattet ist.
- ▶ Eine solche Richtlinie könnte bezüglich betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung zum ausschließlichen Referenztext für alle Formen europäischer Gesellschaften werden. Mit einer solchen Richtlinie würde die EU ein Instrument schaffen, das den Beschäftigten eine Stimme gibt und die Möglichkeiten ausbaut, ihre Arbeits- und Lebenswelt in die eigene Hand zu nehmen und zu gestalten.

Europäisierung der
Mitbestimmung



KAPITEL 5

EIN SOZIALPAKT FÜR EUROPA

Um ein Europa mit spürbaren solidarischen Strukturen und grenzüberschreitenden Maßnahmen zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, schlägt die IG Metall einen „Sozialpakt für Europa“ vor.

BETEILIGUNGSRECHTE DER ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER STÄRKEN

Bestandteil eines Sozialpakts sind stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sowie ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene. Beteiligung und Demokratie, insbesondere durch die Mitbestimmung in den Unternehmen und die Tarifautonomie müssen Grundpfeiler der EU sein. Diese Grundpfeiler haben sich gerade in der Krise nach 2008 bewährt, denn dort, wo sie nicht zerschlagen wurden, haben sie einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Überwindung der Krise geleistet. Es hat sich gezeigt: Starke Volkswirtschaften mit starken europäischen Industrien und Dienstleistungen brauchen starke, handlungsfähige Gewerkschaften und kompetente Arbeitnehmervertretungen.

Beteiligung
und
Demokratie

VORRANG FÜR DAS SOZIALE EUROPA

Wir wollen ein Europa, das dem sozialen Fortschritt den Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten einräumt. Europa wird langfristig stark bleiben, wenn es von den Menschen getragen wird. Dafür müssen Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards gestärkt und nicht geschwächt werden. Das Wohl der Allgemeinheit braucht Vorrang vor unternehmerischen Freiheiten. Ein Sozialpakt in einer Sozialunion kann die notwendige Ausgewogenheit bei den von den Mitgliedsländern durchgeführten Sozialpolitiken und den Rahmenvorgaben durch Brüssel schaffen.

Die europäische Säule sozialer Rechte kann langfristig zu einem sozialen Fortschrittsprotokoll ausgebaut werden. Kurz- und mittelfristig helfen Instrumente wie das soziale Scoreboard zur Feststellung größerer beschäftigungs- und sozialpolitischer Probleme, mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu einer Sozialunion zu bringen. Unabdingbar hierfür ist die Fiskalunion, um die Eurozone krisenfest zu machen.

Für die IG Metall gilt es, gemeinsam mit den europäischen Partnern, aktiv daran zu arbeiten, das europäische Sozialmodell mit der Perspektive eines wirklich sozialen und demokratischen Europas zu erneuern.

Das
europäische
Sozialmodell
erneuern

Interessen vertreten – politisch mitreden.

DIE IG METALL FÜR EIN SOZIALES EUROPA!

Die IG Metall ist mit über 2,2 Millionen Mitgliedern nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit die größte Gewerkschaft. Das reicht aber nicht aus, wenn wir auf europäischer Ebene Politik mitgestalten wollen. Um Interessen wirksam zu vertreten, müssen wir dort sein, wo die Entscheidungen fallen. In zunehmendem Maße ist das Brüssel – dort, wo EU-Kommission, Europaparlament und Rat Programme auflegen, Initiativen starten und Gesetze beschließen. Beispielsweise wenn es um die Grenzwertregulierung des CO₂-Ausstoßes, um die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Multis in ihren weltweiten Standorten oder Antidumpingmaßnahmen bei Stahlimporten geht.

„Wir reisen regelmäßig als Referenten zu europapolitischen Seminaren, Mitgliederversammlungen und Betriebsterminen. Das ist ein guter Realitäts-Check. Von dort nehmen wir mit, was in den Betrieben und dem Arbeitsleben unserer Mitglieder passiert. Dieses Wissen, was in der Praxis los ist, das haben wir den anderen Interessenvertretern voraus.“

Die IG Metall unterhält deshalb seit 2014 ein Verbindungsbüro in Brüssel. Das Team dort hält Kontakt zu Abgeordneten und Kommissionsmitarbeitern, bildet Netzwerke mit anderen europäischen Gewerkschaftsorganisationen (beispielsweise unserem europäischen Industriegewerkschaftsverband industriAll European Trade Union) und organisiert Veranstaltungen mit Politikern, Gewerkschaftern und Betriebsräten, um die Positionen der IG Metall an Ort und Stelle zu platzieren.

Wichtig ist aber auch, Ereignisse und Entwicklungen in der „europäischen Hauptstadt“ in die IG Metall zu tragen. Der „Newsletter aus Brüssel“ ist dazu ein besonderes Serviceangebot für interessierte Kolleginnen und Kollegen. IG Metall-Mitglieder können den Newsletter im Brüsseler Büro bestellen unter newsletter-bruessel@igmetall.de.

**IG Metall Vorstand
Funktionsbereich Transnationale
Gewerkschaftspolitik**

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt/M.
Tel. +49 69 6693 2680

Horst Mund, Leiter Funktionsbereich
Transnationale Gewerkschaftspolitik,
Horst.Mund@igmetall.de

André Gunia, Andre.Gunia@igmetall.de

Marlene Roth, Marlene.Roth@igmetall.de

**IG Metall Vorstand
Verbindungsbüro Brüssel**

International Trade Union House
Bd. Du Roi Albert II, 5, B – 1202 Brüssel
Tel. +32 2 218 3320

Dirk Bergrath, Leiter Ressort Europapolitik,
Dirk.Bergrath@igmetall.de

Andreas Bodemer,
Andreas.Bodemer@igmetall.de

**DER DIREKTE DRAHT
NACH EUROPA**

Impressum:

Herausgeber:
IG Metall Vorstand
FB Transnationale Gewerkschaftspolitik
Ressort Europapolitik
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
www.igmetall.de/europa

Redaktion:
Andreas Bodemer

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Druck:
BWH GmbH
Postfach 920155
30440 Hannover

Bestellwege:
Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall können die Broschüre im Extranet-Shop bestellen, Geschäftsstellen, Bezirksleitungen und Bildungszentren auch im Intranet-Shop. Alle anderen wenden sich bitte per Mail an den FB Transnationale Gewerkschaftspolitik (maximilian.meyer@igmetall.de).

Produktnummer 42590-81144

2. Auflage, Februar 2019

